



Ist die AfD wirklich der Wolf im Schafspelz?



Partei „Alternative für Deutschland“ - woher und wohin?

Prof. Dr. Anton Latzo

Inhalt

1. Zur Lage
2. Funktion der AfD
3. Kräfte und Personen
4. Programmatik
5. Fazit

Zur Lage

Die Entwicklung der Gesellschaft und der Politik der BRD der Gegenwart ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass der Zusammenhang zwischen imperialistischer Rolle und Politik und einer zunehmend autoritären politischen Entwicklung im Inneren immer deutlicher alle ökonomischen, politischen, sozialen und geistig-kulturellen Prozesse charakterisiert.

Sichtbar wird das in der Konzentration des ökonomischen Potenzials und des Einflusses der Macht des Kapitals in Gestalt der Großmonopole, in der Verschärfung der Klassenwidersprüche zwischen Kapital und Arbeit und der Widersprüche im Bereich der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung, in der Zunahme der Militarisierung der Gesellschaft und der Politik, im Ausbau eines umfassenden staatlichen Überwachungs- und Kontrollarsenals der Organisationen und des Einzelnen und im beschleunigten Abbau bürgerlich-demokratischer Prinzipien der Verfassung und der Rechte der Menschen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung.

Begleitet werden diese Prozesse von erheblichen Veränderungen im System der politischen Apparate und in der Organisation und Funktion des Staates, die auf grundlegende Verwerfungen in den staatlich-politischen Strukturen hindeuten und in zunehmend restriktiven Formen politischer Konflikt- und Krisenbearbeitung kulminieren.

Wir haben es heute mit einem hochgerüsteten Staat der Monopole zu tun, der von Konservativen und sozialdemokratischen Führern (unter Mithilfe bestimmter Kräfte in der Partei die Linke) so regiert wird, dass die Interessen der Monopole gesichert werden. Neben traditionellen Methoden der Machtausübung durch den kapitalistischen Staat wird zunehmend der Einfluss der Militarisierung und der Zunahme der großdeutschen Ideologie wirksam.

Eine Besonderheit dieser politische Restauration seit den 1970er Jahren besteht darin, dass sie unter sozialdemokratischer Regierung bzw. Regierungsbeteiligung geschieht und von Gewerkschaften gedeckt wird.

Der Prozess, der 1968 mit der Inkraftsetzung der Notstandsgesetze durch die Große Koalition praktisch in Gang gesetzt wurde, wird gegenwärtig fortgesetzt und durch den Ausbau der Militarisierung in Politik und im geistig-kulturellen Leben zielstrebig fortgesetzt.

Es werden nicht nur die Strukturen für den Spannungs-, Verteidigungs-, Katastrophenfall sowie für den Fall des inneren Notstands geschaffen. Die Anstrengungen sind ebenso auf das Feld der Expansion des deutschen Imperialismus und auf die Verwirklichung seiner politischen Rolle in der Welt durch Schaffung der personellen, materiellen und geistigen Voraussetzungen gerichtet. Zur Sicherung der Herrschaft und zu ihrer internationalen Ausweitung werden die Kräfte neu formiert.

Funktion der AfD

In und aus diesem Prozess ist die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) entstanden.

Die AfD, als Verkörperung einer reaktionär-konservativen Linie in der Geschichte des deutschen Kapitalismus, ist keine spontane und kurzfristige Antwort, die nur aus einer bestimmten Situation heraus zufällig entstanden ist. Es gibt eine Vergangenheit. Die AfD ist Ausdruck langfristiger Entwicklungen in der Interessenlage der reaktionären deutschen Kapitals und der in diesem Zusammenhang erwachsenden Erfordernisse und Möglichkeiten aus der Entwicklung der nationalen und internationalen Bedingungen im Prozess der Verwirklichung dieser Interessen. Ihre historischen Wurzeln reichen in die Zeit des „Alldeutschen Verbandes“ (1891/1894 gegründet, entwickelte und vertrat imperialistische, völkische u.a. Positionen des deutschen Monopolkapitals) zurück. Dessen Anliegen wurden auch nach dem ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik, weiter verfolgt. Während der Zeit des Faschismus gehörten sie zu den Leitlinien der Politik. In ihrem Geiste erfolgte die Restauration des Kapitalismus in der BRD.

Entstehung und Programm sowie Existenz der AfD sind Ausdruck langfristiger Entwicklungslinien in der Interessenlage des expansionistischen, aggressiven und reaktionären deutschen Kapitals.

Ihre Wiederbelebung heute verdankt sie der Wandlung der Bedingungen für die Verwirklichung der Interessen des deutschen Kapitals im Inneren, seiner gewachsenen ökonomischen, politischen und militärischen Macht sowie dem zu seinem Gunsten sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis zwischen den Großmächten.

Das deutsche Kapital sieht günstige Bedingungen, die ihm die aktive Wiederaufnahme der Ziele des deutschen Imperialismus ermöglichen. Dazu wird die innere Herrschaftssicherung und die Schaffung günstiger internationaler Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele des deutschen Imperialismus als prioritäre Aufgabe gesehen. Dem dient die AfD.

Zur Begründung und Verbreitung ihrer Anschauungen und politischen Vorhaben benutzt sie einen populistischen Stil. Dieser wurde gewählt, um ihre *Funktion* in der

heutigen kapitalistischen Gesellschaft erfolgreich erfüllen zu können. Diese *besteht darin, die nationalkonservativen Grundpositionen, die von mächtigen und wirtschaftlich wie politisch bestimmenden Kreisen des deutschen Imperialismus seit Ende des 19. Jahrhunderts als Grundlage der Politik vertreten werden, unter denn gegenwärtigen Bedingungen in der Gesellschaft der BRD zu verbreiten, zu verankern und zur Grundlage der Politik zu machen.*

Die Charakterisierung der AfD als „populistische“ oder „rechtspopulistische“ Partei ist deshalb unzureichend. Populismus ist keine Ideologie oder politische Richtung. Mit „populistisch“ wird die Art und Weise charakterisiert, wie Politik, wie gesellschaftspolitische Ziele und Vorhaben unter den Menschen verbreitet werden. Der Begriff sagt wenig über die vertretenen Inhalte aus.

Dabei benutzt die Partei weitgehend eine rigorose und national motivierte Freund-Feind-Rhetorik und eine Argumentation, die in der Bevölkerung eine Herabminderung politischer Haltungen sowie geistig-kultureller Werte bewirken soll, die nicht in das nationalkonservative Weltbild passen.

Daraus resultiert zum Beispiel ihre nationalistisch-rassistische Haltung in den Fragen der Migration und gegenüber den Migranten. In ihrer Argumentation vermeidet sie die Benennung sozial-ökonomischer Widersprüche und positioniert sich und ihre Polemik vor allem im Bereich gesellschaftlicher Werte und Normen. Dabei beutet sie in der Bevölkerung schon bestehende Sorgen, Ängste und Vorbehalte gegenüber anderen Parteien und dem politischen und gesellschaftlichen Zustand aus. Das schwindende Vertrauen gegenüber etablierten Parteien nutzt sie aus, um sich als Alternative Kraft zu positionieren und die Propaganda zugunsten der nationalen Identität (Deutschtum) und des Nationalismus einzusetzen.

Auch wenn durch den betriebenen Populismus der Anschein erweckt werden soll, dass die AfD eine politische Kraft ist, die gegen das aktuelle politische System Front macht, nutzt sie diesen, um in Wirklichkeit das kapitalistische Gesellschaftssystem zu sichern und die Kräfte zusammenzufassen, die Willens und in der Lage sind, dem deutschen Imperialismus mittel- und langfristig eine Perspektive zu geben.

Der AfD kommt die Funktion zu, den Wolf im Schafspelz zu verkaufen. Dabei sollen die Menschen das Schafspelz wahrnehmen, der Wolf aber, der darin steckt, soll – zumindest vorläufig – unerkannt bleiben. Dazu wird der Populismus als Instrument zur Irreführung der Menschen eingesetzt. Dafür nutzt sie öffentliche Auftritte, Wahlen Medien, Vereine, Stiftungen usw.

Kräfte und Personen

Die Gründung der AfD (2013) fällt in eine Zeit, die in Deutschland und weltweit von starken Widersprüchen und Erschütterungen gekennzeichnet ist, die durch die Krise des kapitalistischen Systems verursacht werden. Anhaltende ökonomische Widersprüche, soziale Spannungen und politische Konflikte, zunehmender Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen und den Großmächten auf dem Weltmarkt, Kampf um möglichst große Anteile bei der erneut anstehenden Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten und daraus hervorgerufene Instabilität in den internationalen Beziehungen und Gefahren für den internationalen Frieden charakterisieren das nationale und internationale

Betätigungsfeld des wieder erstarkten deutschen Imperialismus.

Zur Bewältigung dieser von der Krise des kapitalistischen Systems verursachten Entwicklungen musste die herrschende Klasse in der BRD schon zum zweiten Mal in der Geschichte der BRD nach einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD greifen.

Die gegenwärtige Krise hat jedoch eine solche Zuspitzung erreicht, dass selbst die Große Koalition keine Sicherheit mehr bietet, das die weitere Entwicklung mit ihren zunehmenden Widersprüchen beherrscht bzw. kontrolliert werden kann.

Es wächst die Ungewissheit, dass die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Interessen des Kapitals in der BRD allein mit Hilfe der SPD-Führung verwirklicht werden können. *Es ist eine Alternative notwendig geworden*, die, unter dem Motto der Rettung der Gesellschaft, diese auf der Grundlage der reaktionären Linie des Monopolkapitals in Wirklichkeit mit einer Politik ausrüstet, die den Herausforderungen, mit denen das Kapital mittelfristig konfrontiert sein wird, sicherer standhalten kann, und die zugleich eine expansionistische, nach innen und außen aggressive Politik ermöglicht.

Deutlich ausgesprochen wurde das Konzept im Gründungsjahr der AfD vom Bundespräsidenten, der bekanntlich dafür plädierte, Deutschland müsse sich in Zukunft stärker als bisher in die internationale Politik einmischen – auch militärisch. Im neuen Weißbuch für die Bundeswehr (2016) bekennt sich die BRD-Regierung zu einem globalen Führungsanspruch und dessen Durchsetzung auch mit militärischen Mitteln.

Ebenfalls 2013 (im Gründungsjahr der AfD) wurde das von der Stiftung Wissenschaft und Politik sowie dem German Marshall Fund of the United States erarbeitete Strategiepapier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ veröffentlicht. Darin heißt es, dass Deutschlands Macht ihm neue Einflussmöglichkeiten verleiht. Das sei „Anlass für eine Neuvermessung seiner internationalen Beziehungen“. Dabei werde es sich „der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente“ bedienen müssen, „von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis zum Einsatz militärischer Gewalt“. (Der Grundsatz: „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“ findet keine Berücksichtigung!)

Zum Zeitpunkt der Gründung der AfD wird in Deutschland schon wieder davon gesprochen, dass Deutschland wieder „Weltpolitik“ betreiben müsse. Damit wird ein konzeptioneller Begriff in Umlauf gebracht, der schon in der Politik des deutschen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts Verwendung gefunden hatte. Im Bundeswehr-Weißbuch wird sie konkretisiert.

Führende Politiker, Stiftungen und Leitmedien in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD behaupten immer wieder, das die AfD und das Anwachsen ihres Einflusses Ursache für den einen Rechtsruck sei. Das Gegenteil entspricht der Wahrheit. Die AfD ist Folge und nicht Ursache der krisenhaften Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Rechtsentwicklung.

Zur Absicherung dieser Entwicklung wurde die AfD gegründet. Sie hat ihre Rolle in der mittelfristig angelegten Stabilisierungs- und Sicherungsmission der kapitalistischen Gesellschaft in der BRD und der Umstellung der Politik auf offene Durchsetzung einer deutschen „Weltpolitik“.

Für das deutsche Kapital wurde die AfD nicht als „Alternative“ sondern als „Absicherung für Deutschland“ (auch AfD), für den deutschen Imperialismus gegründet. Sowohl die AfD als auch die CDU/CSU sind Sprösslinge des Monopolkapitals! Jede mit spezifischem Arbeitsauftrag.

Hier ist es angebracht, an die deutsche Geschichte zu erinnern. Auch die Gefahren, die von der NSDAP ausgingen, wurden über mehr als ein Jahrzehnt in den 1920er Jahren unterschätzt bzw. bewusst klein gehalten. Doch als die Krise sich verschärfte, die sozialen Widersprüche sich zuspitzten und die internationalen Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten zunahmen, wurde sie gebraucht und vom national-konservativen Flügel der deutschen Wirtschaft in den Sattel gehoben, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, eine reaktionär – aggressive Politik nach innen und außen zu etablieren, die dann bekanntlich den 2. Weltkrieg vorbereitete und auslöste.

Die Klasseninteressen der Kapitalisten, der besitzenden, ausbeutenden und regierenden Klasse, versperrten und versperren diesen Kräften den Zugang zur realistischen Einschätzung der Entwicklung der Gesellschaft und der in diesem Prozess auftauchenden und wirksam werdenden politischen Kräfte.

Die gegenwärtig führenden und bestimmenden Personen in der AfD waren davor – zumeist über mehrere Jahre und Jahrzehnte – Mitglieder der CDU. Sie sind erst kurz vor oder in Folge der Gründung der AfD im Jahre 2013 aus der CDU ausgetreten, um sofort Mitglied der AfD zu werden.

Eine zunehmende Zahl von führenden AfD - Mitgliedern bekleiden hohe Ämter im Militär, im Staatsapparat, an den Universitäten. Die Führenden der AfD kommen aus elitären Kreisen der kapitalistischen Gesellschaft.

Es fällt auf, dass der Anteil ehemaliger bzw. aktiver Militärs maßgeblich an der Führung der Partei und daran beteiligt sind, den Masseneinfluss der AfD zu erhöhen und die militaristischen Züge in Programm und Politik zu verankern. Kader, die mit der Bundeswehr verbunden sind, gibt es in allen Landesverbänden.

Im Berliner Wahlkampf trat der ehemalige Oberst im Generalstabsdienst der Bundeswehr, Georg Pazderski, als Spitzenkandidat auf. Er ist Mitglied des Bundesvorstandes und seit Januar 2016 Vorsitzender der Partei in Berlin. Darüber hinaus ist er Koordinator für Außen- und Verteidigungspolitik und Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Internationale Verantwortung Deutschlands“. Vorher war er Berater des deutschen Vertreters bei der EU und erfüllte Leitungsaufgaben im Rahmen der NATO-Strukturen.

Oberstleutnant Uwe Junge steht in Rheinland - Pfalz an der Spitze des Landesverbandes. Er ist nicht nur Landesvorsitzender, sondern auch Berufsoffizier bei der Bundeswehr.

Lars-Patrick Berg aus Heidelberg ist Oberstleutnant der Reserve und wurde für die AfD in den Landtag gewählt.

Diese Liste könnte fortgesetzt werden. (siehe Studie von IMI zu diesem Thema). Sie belegt das Streben der AfD, dem Militärischen, der Militarisierung einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft einzuräumen.

Dafür stehen aber auch die Verehrer von Bismarck, Björn Höcke, Vorsitzender der

Landesorganisation in Thüringen, und Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg, die den Standpunkt vertreten: „Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie Betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche, als ein Mittel, aus dem nie und unter keinen Umständen Brauchbares entstehen könne.... Statt immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt ... nicht an sich schlecht ist. Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren können, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste, 'Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen, sondern durch Eisen und Blut'“. (Zitiert nach IMI-Standpunkt 2012/047)

In diesem Geiste erheben Björn Höcke und Alexander Gauland in den von ihnen im November 2015 veröffentlichten „Grundsätze für Deutschland“ die Forderung: „Deutschland muss selbstbestimmt handeln“. Dazu führen sie aus: „Deutschland ist nach Einschätzung höchster Sicherheitsbeamter nicht mehr in der Lage, die innere wie die äußere Sicherheit zu garantieren. Und was macht die Bundeswehr? Sie dient in der ganzen Welt fremden Interessen, während die hiergebliebenen Soldaten ihre Kasernen für Asylsuchende räumen und Toiletten in Erstaufnahmeeinrichtungen reparieren.“

Die wesentlichen Impulse für die ideologische Begründung von solchem Konzept und solcher Politik bezieht die Partei aus der national-konservativen Linie der deutschen Geschichte.

Der gegenwärtig einflussreichste Vertreter dieser Linie in der AfD ist Alexander Gauland, Stellvertretender Sprecher der Partei und bis 2013 40 Jahre lang Mitglied der CDU, der sich inzwischen ein Kreis jüngerer Vertrauter in der Partei geschaffen hat.

Zur Frage, was er unter konservativ verstehe, schrieb er schon 1989, als er noch die hessische Staatskanzlei von Ministerpräsident Wallmann leitete, in einem Essay in der Frankfurter Rundschau: „Es ist notwendig, durch konservativer Widerleger zur Modernisierung den Kulturschock abzumildern und Gewöhnungsprozesse möglich zu machen. Dies ist die Aufgabe einer Partei mit konservativen Wurzeln“. (Zitiert nach: fr-online vom 2.02.2015)

In seinem Buch „Anleitung zum Konservativsein“ kritisiert Gauland, dass Begriffe wie Heimat und deutsche Leitkultur im politischen Denken der BRD keine Rolle mehr spielen, dass die „Spaßgesellschaft“ bestimmend ist.. Er fordert eine „Entschleunigung“ des dazu gehörigen technischen Fortschritts.

Damit interpretiert Gauland – damals selbst noch Mitglied der CDU – wesentliche Positionen der als „Stahlhelmfraktion“ bezeichneten innerparteilichen Strömung in der CDU.

Angeführt wurde sie von Alfred Dregger (geboren 1920, 1940 Mitglied der NSDAP), der Landesvorsitzender der CDU seit 1967 und dann Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag (1982 – 1991) war. Von ihm stammt die CDU-Wahlkampflosung der 1970er Jahre „Freiheit statt Sozialismus“. Sein Sohn, Burkhard

Dregger, charakterisierte ihn als „Patriot wider den Zeitgeist“. (Tagesspiegel, 19.07.2016) Die von ihm vertretene reaktionäre nationale konservative Linie verband ihn in Hessen zum Beispiel mit Manfred Kanther und Roland Koch. Die Verbindung reicht bis zu führenden CDU-Politikern in der Gegenwart. Sie steht für den rechten Flügel der der CDU, der schon zu Zeiten von Franz Josef Strauß eng mit CSU-Positionen verbunden war. Die Propagierung einer deutschen Leitkultur gehört ebenso dazu wie die Wiederbelebungsversuche eines national-ethnisch oder auch völkisch definierten Patriotismus. Das schließt die Relativierung der faschistischen Vergangenheit und das Schüren von Vorbehalten und Ablehnung des Ausländischen sowie der Migranten, des Fremden ein.

In dieser Tradition standen auch nach 1990 verschiedene Versuche in der CDU, diesen Inhalten einen organisierten Rahmen zu verleihen. Sie verfolgten das Ziel, , das national-konservative Profil für die gesamte CDU zu stärken. Das Festhalten an den 1950er Jahren als kulturelles Leitbild ist für sie charakteristisch. Das schließt die Kontinuität in der Frage der Nation ein.

Zu diesen Versuchen gehört der sogenannte „Andenpakt“, der als politisches Netzwerk in der CDU im Jahre 2003 gegründet wurde, um die Traditionslinie fortzuführen und in der Partei wirksam werden zu lassen. Zu ihm gehörten: Roland Koch, Ministerpräsident Hessen und jetzt führend in der Wirtschaft, Christian Wulf, ehemaliger Bundespräsident, Friedbert Pflüger, Staatssekretär a.D., Matthias Wissmann, ehemaliger Minister und jetzt in der Wirtschaft, Günther Öttinger ehemals Ministerpräsident und jetzt EU-Kommissar, Franz Josef Jung, ehemals Verteidigungsminister, Volker Bouffier, Ministerpräsident Hessen, Elmar Brock (EU-Parlament), Hanns-Georg Pöttering, Wulf Schönbohm und andere.

Es folgt der „Berliner Kreis“ als nächster Versuch, den rechten Flügel der CDU auch organisatorisch innerhalb der Partei zu konsolidieren, dessen Anliegen von Wolfgang Bosbach unterstützt wurde. Er sollte bei der Identitätsfindung der Rechten in der CDU behilflich sein. Wichtiger Punkt aus dem politischen Angebot dieses Kreises bildete die von Bosbach angebotene Skepsis gegenüber der Rettung des Euro. Er forderte ein mehr an nationaler Souveränität, um wirtschaftliche Verflechtung, sprich die Durchsetzung der Interessen der deutschen Monopole, besser steuern zu können. Das Angebot des „Berliner Kreises“ war nicht in der Lage, die National-Konservativen in der CDU zusätzlich zu mobilisieren.

Im Jahre 2007 folgt der Versuch, den „Einstein-Kreis“ ins Leben zu rufen. Die Gründung wurde vom damaligen Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder, vom ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus, , vom ehemaligen nordrhein-westfälischen CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst, und vom CSU-Politiker Markus Söder, Finanzminister in Bayern, aktiv betrieben. Sie veröffentlichten ein Positionspapier (5. September in der FAZ) unte dem Titel „Moderner bürgerlicher Konservatismus“. Beanstandet wurde das Fehlen „traditioneller Werte“ und konservativer Vorstellungen in der CDU und in der Politik Angela Merkels. Sie forderten unter anderem:

- „deutsche Tugenden wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Fairness, Fleiß, Disziplin, Treue, Respekt, und Anstand“ müssten wieder gestärkt und die Ablehnung der Kirche und Familie überwunden werden;

- Angestellte und Arbeiter sollen Beteiligung an den Unternehmen erhalten;
- Einwanderung soll begrenzt werden. Immigranten sollen stärker zur Integration und zum Bekenntnis zum Grundgesetz und der „deutschen Leitkultur“ verpflichtet werden;
- ein „starker Staat“ soll die Bürger schützen. Videoüberwachungen sollen verstärkt und Bundeswehreinheiten im Inneren ermöglicht werden.
- Familien sollen gestärkt werden

2010 kritisierte die FAZ, dass die Positionen des Einstein-Kreises zu wenig durchgesetzt wurden. Es sei dem Einstein-Kreis nicht gelungen, die Politik der Bundesregierung gestaltend zu beeinflussen.

Im späteren Konzept der AfD fließt das alles in einem Szenario einer umfassenden Bedrohung der Nation und des Verlustes bindender „Ordnungsprinzipien“ zusammen.

Die AfD argumentiert, dass durch Modernisierung und Individualisierungsprozesse historisch gewachsene Strukturen und Normen gefährdet sind. Im Zuge „unkontrollierter Masseneinwanderung Kulturfremder“ würde sie vollends aus den Fugen geraten.

„Der Islam“ wird dabei als wichtigste Bedrohung herausgestellt. Damit begründet man einerseits eine restriktive Asyl- und Zuwanderungspolitik.

Wichtig für die Herausbildung des national-konservativen Profils der AfD ist ebenfalls, dass damit auch der Ruf nach einer Stärkung des deutschen nationalen Selbstbewusstseins begründet wird, der in Nationalismus mündet. Indem sie in diesem Sinne Ängste und Vorbehalte schürt, stellt sie sich als das vom Nationalkonservatismus geprägte Subjekt als Schutzmacht des Bekannten und Bewährten dar.

Diese Linie nahm 2013 – trotz Erfahrungen, die mit der Politik der deutsche Reaktion gemacht wurden und die zu zwei Weltkriegen führte – die Gestalt einer Partei an. Sie wurde aber schon vorher ausgearbeitet und vorbereitet – auch im Rahmen der CDU! Die AfD ist Ausdruck einer zunehmend eigenständigen organisatorischen Profilierung des deutschen Nationalkonservatismus. Sie hat die Aufgabe, das nationalkonservative Denken als politische Programmatik und Politik in die aktuelle kapitalistische Wirklichkeit in Deutschland einzupflanzen und in der Politik wirksam zu machen. Sie speist sich aus der so genannten Stahlhelmfraktion der CDU, die wiederum als Bewahrer des deutschen Nationalkonservatismus der Weimarer Republik verstand, der allerdings auch schon auf autoritäre Lösungen in Staat und Gesellschaft ausgerichtet war und 1933 für das Ermächtigungsgesetz stimmte!

Programmatik

Das Parteiprogramm der AfD ist ein Programm auf Zeit. Seine Aufgabe besteht in der jetzigen Phase darin, die Partei strukturell zu konsolidieren, möglichst viele Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Diesen Zielen untergeordnet, werden die Aussagen weitgehend von politischer und sozialer Demagogie charakterisiert. Die verkündeten Ziele und Vorhaben der Partei beruhen nicht auf realistischer und sachlicher, geschweige denn wissenschaftlicher Analyse der Gesellschaft. Sie folgen den politischen und ideologischen Vorstellungen verschiedener politischer Subjekte ,

die aber alle das Ziel verfolgen, die kapitalistische Gesellschaft zu erhalten und zu konsolidieren und sie vor unerwünschten progressiven Wandlungen abzusichern. Über Wege und Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, bestehen jedoch auch noch unterschiedliche Vorstellungen.

Bestimmend sind jedoch die Interessen der Klasse der Kapitalisten. Es geht darum die Existenz und den Einfluss eines kapitalistischen Deutschland zu sichern, seinen Einfluss zu erhöhen, um Profit und die Kraft zur Expansion des deutschen Imperialismus zu gewährleisten.

Es ist das Programm zur Gestaltung einer ökonomischen, politischen und militärischen Macht, die das Überleben der Klasse und deren nationalem und internationalem Ausbeutungssystem samt politischer und geistig-kulturellen Strukturen gewährleisten soll. Seinem Inhalt, seinen Grundlagen und seiner Bestimmung entsprechend ist es ein reaktionäres Programm.

In diesem Sinne strebt die AfD nach einem „schlanken aber starken Staat. Einem Staat, auf den verlass ist, wo man ihn braucht, und der dem Unternehmer keine bürokratischen Knüppel zwischen die Beine wirft“. Sie will einen starken Staat dessen Aufgabe nicht darin besteht, den Menschen zu dienen, der aber machen kann, was der Machterhaltung und der Maximierung des Profits dient, durch die Ausbeutung der Menschen im eigenen Land und durch die Expansion des deutschen Imperialismus mit dem Ziel der Erweiterung der Macht und des Einflusses des deutschen Imperialismus in der Welt und der Ausbeutung anderer Völker.

Dazu will die AfD „auf breiter Front deregulieren, je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“, heißt es demagogisch.

Damit greift sie auch Forderungen der Liberalen auf, die noch viel „liberaler“ als bei der FDP sind. Auch im Steuerrecht sind ihre Vorstellungen an das Stufenmodell des ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof angelehnt. Die AfD will offensichtlich alle anderen Parteien des Kapitals überflüssig machen.

Das wird auch in der Frage der Erbschafts- und Vermögenssteuer sichtbar, die sie ganz abschaffen will, womit sie sowohl CDU/CSU als auch FDP übertrifft. Bevorteilt werden auch in diesem Fall die Millionäre und Milliardäre, die sich das aneignen, was durch die Werktätigen erarbeitet wird.

Einen „starken Staat“ will die AfD auch mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie der Stärkung der Bundeswehr schaffen, die „technisch mit der Weltspitze Schritt zu halten“ hat. Dafür heißt es: „Finanzierung nach Kassenlage lehnt die AfD ab“.

Mit der allgemeinen Wehrpflicht will die AfD nicht nur die Voraussetzungen dafür schaffen, „dass sich die Bevölkerung mit 'ihren Soldaten' und 'ihrer Bundeswehr' identifiziert“. Sie verfolgt auch das Ziel, „dass sich das Bewußtsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt“! Die AfD hat sich auch innenpolitisch auf eine Militarisierung festgelegt. Die Bundeswehr ist in ihren Vorhaben mehr als ein Instrument der Außenpolitik. Sie ist ein Instrument der Machtpolitik der deutschen Reaktion nach außen und nach innen. Das Freund-Feind-Weltbild der AfD, das in der Geschichte schon wiederholt Anwendung mit tragischen Folgen gefunden hat, findet seine Niederschlag sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik.

Die AfD fordert, „die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte

wiederherzustellen“. Dies soll nicht nur die Landesverteidigung sicherstellen, „sondern die deutschen Streitkräfte auch in erforderlichem Maß zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigen“. Womit sie nicht nur andeutet, dass sie die Zukunft der Bundeswehr in der Ausweitung der aktiven Kämpfe im Ausland, gegen Terrorismus, aber vor allem gegen den Willen der Völker, für nationale und soziale Befreiung und für die Behauptung ihrer Souveränität zu kämpfen, sieht. Die dabei entstehende Kriegssituation wird dabei offenbar in Kauf genommen. Von Frieden wird erst gar nicht gesprochen!

Massiv wird die soziale Demagogie im Bereich der Sozialpolitik angewandt. Das Hauptziel der „Sozialpolitik“ der AfD besteht nicht in der Verbesserung der materiellen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen, sondern in ihrer Gewinnung für die Ziele und Vorhaben der Partei.

Dafür präsentiert sie sich als Schutzmacht aller Deutschen, egal ob sie zur Klasse der Reichen oder der Armen gehören. Sie benutzt die sozialen Forderungen, um eine Gemeinschaft der Zusammengehörigkeit aller Deutschen vorzutäuschen, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Soziale Differenzierung wird nur dort praktiziert, wo es den politischen Zielen entspricht. Die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen gibt es nach Auffassung der AfD nicht. Dem entspricht auch die Negierung diesbezüglicher Widersprüche.

Die AfD gibt vor, die „Partei der kleinen Leute“ zu sein, ist aber z.B. gegen Mindestlohn. Sie akzeptiert den Niedriglohn-Sektor und damit die soziale Ungleichheit und die Lohn- und Altersarmut. Sie ist dafür, dass Empfänger und Empfängerinnen von Hartz IV unter dem Mindestlohn zur Arbeit gezwungen werden. Die Arbeitslosenversicherung soll unter „Rückbesinnung auf bewährte Tugenden“ privatisiert werden. Die Familie soll den Staat als Sicherungsträger weitgehend ersetzen. Staatliche Unfallversicherungen sollen ebenfalls ersetzt werden. Die Arbeitenden sollen sich freiwillig für eine Teilnahme an der Unfallversicherung entscheiden.

Diesen Angriff auf das bestehende Sozialsystem versucht die AfD zum Beispiel mit ihren Positionen zur Familie zu vertuschen. Sie erkennt z.B. an, „dass das Umlagesystem Halt in schwierigen Zeiten“ geben kann. Gleichzeitig würde es „die Selbständigkeit des Bürgers“ untergraben und „bewährte familiäre Strukturen unterlaufen“.

Deshalb und in diesem Sinne fordert sie eine „Reform der sozialen Systeme“. Eine solche „Reform“, die voll mit den Grundprinzipien der kapitalistischen Ordnung und den Interessen der Kapitalisten übereinstimmt, bedeutet in Wirklichkeit Zerschlagung von bestehenden Sozialversicherungen.

Dafür propagiert sie ein realitätsfremdes Familienbild und präsentiert die Familie als Unterhaltsgemeinschaft aller Zeiten.

Die außenpolitischen Positionsbestimmungen im Programm der AfD schließen die schon behandelten militaristischen Zielsetzungen mit ein. Die Beschreibung dieser Vorhaben übertrifft in Inhalt und Umfang alle anderen Bereiche der Außenpolitik. Offensichtlich strebt die AfD eine Außenpolitik an, die getragen wird von dem Willen

nach außenpolitischer Eigenständigkeit, von der Größe und dem Machtpotenzial Deutschlands.

Das geht sowohl aus dem Programm als auch aus Aussagen führender Politiker der AfD hervor.

Das Programm stellt fest: „Die Bundesrepublik verfolgt eine orientierungslose Anpassungspolitik“. Das habe zur Folge, dass andere Staaten und internationale Institutionen die deutsche Außenpolitik beeinflussen und steuern. Deutschland sei deshalb zunehmend auf den Schutz und die Unterstützung von Bündnispartnern, „besonders die USA“, angewiesen.

Der Widerspruch zu den USA ist nicht zu übersehen! Diese Gegnerschaft ist aber nicht von einer realistischen Einschätzung der aggressiven Außenpolitik des USA-Imperialismus, sondern von deutschem Nationalismus und vom eigenen Streben nach Weltmacht-Positionen bestimmt. Es sind also Widersprüche auf imperialistischer Grundlage, die hier wirksam werden.

Die AfD folgt dabei zugleich außenpolitischen Ansichten, die vor allem von Alexander Gauland vertreten werden, der Bismarck und dessen Politik als Vorbild betrachtet.

Deutschland sieht man als Machtgröße zwischen den USA/NATO einerseits und Russland/China andererseits positioniert. Man kalkuliert, dass das Ziel, eigene Macht durchzusetzen, vor allem durch Abbau, Zurückdrängen der internationalen Machtpositionen der konkurrierenden Hauptmacht des Imperialismus, der USA und ihres gegenwärtigen Instruments NATO zu erreichen ist. Um das verwirklichen zu können, brauche man Russland. Man geht davon aus, dass Russlands Potenzial genutzt werden kann, weil ja auch diese atomare Macht sich in einer Situation befindet, in der es seine Sicherheit auch in der Auseinandersetzung mit den USA behaupten muss. Diese Lage Russlands will der deutsche Imperialismus ausnutzen, um die Beziehungen zu Russland gezielt, selektiv so zu gestalten, dass sie den ökonomischen und machtpolitischen Interessen Deutschlands dienen und zugleich eine Stärkung Russlands verhindern. Die antirussischen Ziele des deutschen Imperialismus werden nicht aufgehoben!

Der sogenannte „Antiamerikanismus“ der AfD richtet sich gegen jene Elemente in der Politik der USA, die dem Machtstreben des deutschen Imperialismus entgegenstehen. Er richtet sich nicht gegen den USA-Imperialismus!

Eine solche Außenpolitik Deutschlands, wie sie von der AfD gesehen wird, kann mit verschiedenen Charakterisierungen versehen werden. Friedenspolitik kann man sie nicht nennen!

Andererseits ist nicht zu übersehen, dass sie auch von gemeinsamen Zügen der Gemeinsamkeit mit der heutigen praktischen Politik der Regierung charakterisiert wird. Das dürfte ein Grund sein, warum der außenpolitische Abschnitt im Parteiprogramm recht summarisch gehalten ist und manche wichtige Fragen nicht behandelt.

Der Charakter der AfD wird jedoch deutlich, wenn man berücksichtigt, dass die Frage der Militarisierung, der „Wehrfähigkeit“ nicht ausgelassen, sondern recht deutlich beantwortet wurde.

Andererseits finden die Fragen des Friedens, der Hauptfrage des 21. Jahrhunderts,

keine weitere Beachtung. Dazu hat sich die AfD bezeichnenderweise nicht positioniert!

Fazit

- Die AfD ist eine Klassenpartei des deutschen Imperialismus. Sie hat den Klassenauftrag, das Ziel, einen „starken Staat“ aufzubauen, den Abbau der Demokratie weiterzuführen, die Militarisierung der Gesellschaft abzusichern und eine „Weltpolitik“ des deutschen Imperialismus durchzusetzen,
- Ihre ideologische Grundlage bezieht die AfD aus dem ethnischen Nationalkonservatismus, der von den Kreisen des „Alldutschen Verbandes“ politikwirksam begründet, sowohl in der Weimarer Republik als auch im Deutschland des Faschismus gepflegt wurde. In der „Stahlhelmfraktion“ der CDU nach 1945 hat man ihn wieder zum Leben erweckt und zur Begründung von politischen Konzepten genutzt.
- Die AfD ist eine Partei des deutschen Imperialismus zur „Absicherung für Deutschland“. Mit Hilfe politischer und sozialer Demagogie hat sie die Aufgabe, in den Mittelschichten und in der Arbeiterklasse die Anhänger für die Politik der Sicherung des kapitalistischen Systems unter den Bedingungen der Krise und für die Durchsetzung einer reaktionären und aggressiven Innen- und Außenpolitik zu mobilisieren.
- Unverständlich ist, warum linke Politiker und Parteien und andere demokratische und Friedensorganisationen sich bei der Charakterisierung der AfD zumeist auf „populistisch“ beschränken und darauf verzichten, die Klassengrundlagen und Klassenkräfte aufzudecken sowie das Wesen und die Klassenziele der Politik dieser Kräfte zu entlarven. Indem sie dies unterlassen, verzichten sie darauf, die arbeitenden Menschen und alle anderen Demokraten auf solider und langfristiger Grundlage im Interesse der Klasse der Ausgebeuteten zu mobilisieren und entsprechende tragfähige Bündnisse zu formieren.
- Die Konzepte und Losungen der AfD sind Ausdruck ihrer Rolle als Träger des kapitalistischen Systems. Es reicht deshalb nicht, nur die Erscheinungen, die Selbstdarstellung der AfD zurückzuweisen. Ihre Entlarvung muss in Zusammenhang mit der Aufdeckung ihrer gesellschaftspolitischen Funktion und deren Grundlagen erfolgen.